

19. März 2014



Herrn ¹⁸ | 3
 Oberbürgermeister Gerich

1813

Der Magistrat

über
 Magistrat

Dezernat für Umwelt und
 Soziales

und

Bürgermeister Arno Goßmann

Herrn
 Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel

an den Ausschuss für Soziales und Gesundheit

11. März 2014

Sozialräumliche Pflege

**Beschluss-Nr.0006 des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 29. Januar 2014;
 (Vorlagen-Nr. 14-F-33-0008)**

Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht vor, dass die Rolle der Kommunen - insbesondere hinsichtlich der Steuerungs- und Planungskompetenz für die regionale Pflegestruktur - noch weiter gestärkt und ausgebaut werden soll. Außerdem sollen Kommunen stärker in die Strukturen der Pflege - insbesondere in der aufsuchenden und begleitenden Pflegeberatung - verantwortlich eingebunden werden.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) über die kommunalen Spitzenverbände darauf hinzuwirken, dass bei der hierfür zu gründenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Kommunen mit ihrem Know-How und ihren Interessen angemessen berücksichtigt werden;
- b) dem Ausschuss über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen auf Wiesbaden zu berichten.

Zu a)

Mittlerweile wurde der Hessische Städtetag schriftlich gebeten darauf hinzuwirken, dass die Kommunen in der noch zu gründenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe berücksichtigt werden.

Zu b)

Derzeit ist noch nicht absehbar, ob und gegebenenfalls wann diese im Koalitionsvertrag benannte Bund-Länder-Arbeitsgruppe gegründet wird. Der Hessische Städtetag wurde gebeten, für den Fall der Gründung dieser Arbeitsgruppe auch über Zwischenergebnisse zu berichten. Sobald Zwischenergebnisse vorliegen, werden diese ausgewertet und auf Konsequenzen für die Landeshauptstadt Wiesbaden untersucht. Über diese Untersuchungsergebnisse wird der Ausschuss für Soziales und Gesundheit unaufgefordert informiert.